Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 17 — Olpe, Montag, den 21. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Sowjetregierung und die Kommunistische Internationale.

Auf der zweiten Allrussischen Konferenz der Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Außenhandel ist nach einer Rede Krassins auch der Volkskommissar des Aeußern Tschitscherin hervorgetreten. Seine Rede ist insofern beachtenswert, als in ihr erneut der Versuch gemacht wurde, das Ausland über die engen Beziehungen, die zwischen der kommunistischen Internationale und der Sowjetregierung bestehen, hinwegzutäuschen. Tschitscherin erklärte feierlich, daß zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Internationale keinerlei Verbindung bestehe, daß die Sowjetregierung für die Tätigkeit dieser Internationale nicht verantwortlich gemacht werden könne, und daß es eine Verleumdung sei, wenn im Auslande behauptet werde, daß die Agenten der Sowjetregierung nichts weiter als Agenten dieser Internationale seien.

Tschitscherins Aeußerungen erklären sich dadurch, daß die Sowjetregierung befürchtet, die wirtschaftlichen Beziehungen Sowjetrußlands mit dem Auslande könnten dadurch leiden, wenn im Auslande endlich einmal bekannt wird, wie eng tatsächlich die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und der von ihr ins Leben gerufenen und von ihr unterhaltenen Internationale sind. Tschitscherins Versuche, diese Tatsachen zu leugnen und den Entrüsteten zu spielen über das schlimme Ausland, das eine angeblich nicht ostensible Verbindung zwischen bolschewistischer Regierung und kommunistischer Internationale entdeckt habe, wirken geradezu lächerlich. Tschitscherins Worte stellen eine grobe Fälschung der Tatsachen dar. In Wirklichkeit ist die kommunistische Internationale nicht — wie behauptet wird — vollkommen von der Sowjetregierung getrennt, sondern sie ist ein Institut dieser Regierung. Z. B. ist der Volkskommissar für Außenhandel Krassin gleichzeitig Mitglied der genossenschaftlichen Sektion der Kommunistischen Internationale, und daß Sinowjew, der bekanntlich Vorsitzender des Sowjets der Volkskommissar der Regierung ist, gleichfalls in der kommunistischen Internationale einen hohen Posten bekleidet, wird Tschitscherin doch wohl nicht leugnen wollen! Aber abgesehen davon, daß eine Reihe führender Regierungsmänner der Sowjetregierung gleichzeitig in der Regierung und in der Internationale an leitender Stelle tätig sind, darf die Tatsache nicht vergessen werden, daß die Internationale von der Regierung ins Leben gerufen und von ihr bis auf den heutigen Tag unterhalten wird. Für die dringendsten Staatsausgaben fehlt es der Regierung an Mitteln, aber an Geld zur Finanzierung der kommunistischen Internationale hat es noch nie gefehlt. In vielen Auslandsvertretungen der Sowjetregierung sitzen Bevollmächtigte der kommunistischen Internationale. Was macht z. B. der sogenannte „Professor" Varga, ein bekannter ungarischer kommunistischer Hetzer, der leider dem wohlverdienten Galgen entronnen ist, in der Berliner bolschewistischen Botschaft? Die Sowjetregierung versteht es sehr gut, in ihre Auslandsvertretungen Bevollmächtigte und Agenten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hineinzuschmuggeln, die dann nach außen hin als „wirtschaftlicher Berater" oder gar als „Diplomaten" auftreten. Aber diese Subjekte sind in Wirklichkeit nichts weiter als Agenten der Kommunistischen Internationale, unterhalten enge Beziehungen mit den einheimischen kommunistischen Parteien, befördern deren illegalen Briefwechsel und finanzieren sie.

Tschitscherins Versuch, die Sowjetregierung als völlig unabhängig von der kommunistischen Internationale hinzustellen, ist für ganz Dumme bestimmt. Leider gibt es aber noch genug derartiger Leute im Auslande, die den unwahren Behauptungen des Volkskommissars des Aeußern Glauben schenken.

(:) Die bolschewistische Presse über die deutsche Sozialdemokratie.

Die Moskauer offizielle Iswestija befaßt sich in einer Berliner Korrespondenz mit den bevorstehenden Reichstagswahlen und den Aussichten der deutschen Sozialdemokratie. Die offizielle bolschewistische Zeitung bespricht die letzten Leitartikel des Berliner „Vorwärts" und kommt zu dem Schluß, daß die deutsche Sozialdemokratie gegenwärtig die Rolle eines „sich verteidigenden Verbrechers" spiele. Die bolschewistische Zeitung meint aber, daß den Sozialdemokraten auch diese Taktik nichts helfen werde, und sie bei den kommenden Wahlen schlecht abschneiden dürften.

Das Volkskommissariat für Außenhandel und die Opposition in der Kommunistischen Partei.

Die Moskauer „Pramda" berichtet, daß sich auch das Volkskommissariat für Außenhandel in dem Parteikonflikt gegen das Zentralkomitee und für die von Trotzki geführte Oppo..i.. in einer Resolution ausgesprochen habe. Auf dem zweiten Allrussischen Kongreß der Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Außenhandel sind aber die Gegensätze innerhalb der Partei in keiner Weise berührt worden.

Eine Auslandsanleihe von 1 Milliarde Goldmark.

Eine Denkmalsrede Poincarés. — Die englisch. Regie.

Eine Auslandsanleihe.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 21. Januar.

Ueber die gestrigen offiziösen Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Sachverständigenkomitees will Chicago Tribune erfahren haben, daß die Sachverständigen die Einnahmen aus den deutschen Eisenbahnen gewissen elektrischen Werken, der Tabak- und Alkoholsteuern und anderer Quellen zu schätzen versucht hätten, die für die Begleichung der Reparationen Verwendung finden könnten. General Dawes sei, wie verlautet, für eine Fortsetzung der Arbeiten in Berlin zu einem möglichst nahen Zeitpunkt. Das Sachverständigenkomitee soll nach dem Blatte weiter der Ansicht sein, daß eine Auslandsanleihe, und zwar in Höhe von 1 Milliarde Goldmark genügen werde, um die deutsche Währung endgültig zu stabilisieren. Newyork Herald will Dr. Schacht zu der Frage führen werde, wieweit das Sachverständigenkomitee in der Aufstellung seines künftigen Arbeitsprogramms gehen könne. Poincare hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er dem französischen Sachverständigen gewisse Instruktionen erteilt habe. Im Gegensatz zu den amerikanischen Sachverständigen seien also die französischen Sachverständigen nicht unabhängig von ihrer Regierung.

Poincarés Kriegerdenkmalsrede.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 21. Januar.

Poincare betonte zum Schluß einer Rede, die er gestern gelegentlich einer Einweihung eines Kriegerdenkmals im 7. Arrondissement hielt, wenn Frankreich für die Beachtung der Friedensverträge und die Aufrechterhaltung der in ihnen festgelegten Rechte festhielte, so wolle es damit die allgemeine Eintracht verteidigen. Frankreich wünsche unter dem Schutze beschwrener Verträge in Sicherheit zu leben und die Schäden, die es während des Krieges erlitten habe, wiedergutzumachen. Es wünsche das Glück der anderen Völker und zwar nicht nur das Glück seiner Alliierten, sondern auch das seiner ehemaligen Feinde, vorausgesetzt, daß sie ihre Vergangenheit auslöschten und sich besserten. Frankreich sei bescheiden, und wünsche nichts weiter, als daß es von niemanden um das gebracht werde, was ihm versprochen wurde und daß es nicht wieder von seinen Nachbarn an die Kehle gepackt werde.

Die englische Regie.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 21. Jan.

Havas teilt offiziös mit, daß die britische Regierung es abgelehnt habe, sich mit der Regie über die englische Zone zu verständigen, was für deren Handel und namentlich für den von Kohlen eine beträchtliche Erschwerung darstelle. Infolgedessen habe sich die Notwendigkeit herausgestellt, Maßnahmen zu treffen, die eine Konzentration des Regieverkehrs auf den übrigen Strecken ermöglicht. Eine endgültige Entscheidung sei jedoch anscheinend noch nicht getroffen.

Das deutsche Auswärtige Amt und die Tscherwonez-Banknoten.

Das deutsche Auswärtige Amt hat die bevollmächtigte Vertretung des Bundes der sozialistischen Sowjetrepubliken in Berlin durch eine Verbalnote davon in Kenntnis gesetzt, daß gegen die Einfuhr bolschewistischer Tscherwonez-Banknoten nichts einzuwandt werden könne. Gegenwärtig wird in Berlin über die Zulassung der Tscherwonez-Banknoten zur offiziellen Börsenkotierung beraten. Werden die Tscherwonez-Banknoten, woran nicht zu zweifeln ist, zur Berliner Börse zugelassen, so wird ein längst gehegter Wunsch der Sowjetregierung endlich erfüllt.

Die französische kommunistische Partei als Chef einer bolschewistischen Division.

Die Moskauer Zeitungen berichten, daß anläßlich der Feier des vierjährigen Bestehens der ersten roten Kosackendivision, deren Chef die französische kommunistische Partei ist — der französische Kommunist Pascal in Sowjetrußland eingetroffen ist. Pascal wurde zum „Ehrenkosack" der Division gewählt; es fand eine Parade statt, worauf Pascal ein Banner und eine Ehrenadresse überreichte.

Das Ende der Baldwin-Regierung.

WTB London, 19. Jan. Wie Times berichten, ist die Anordnung für die entscheidende Debatte am Montag jetzt festgestellt. Die Debatte wird von Sir John Simon eröffnet. Vermutlich wird Lloyd George anschließend daran sprechen. Auch Baldwin wird das Wort ergreifen. Als letzter Regierungsvertreter wird der Attorney-General Hogg sprechen. Mac Donald wird die Debatte beschließen. Die Abstimmung wird um 11 Uhr abends stattfinden. Nach Annahme des Abänderungsantrages wird das Unterhaus auf Dienstag vertagt. In dieser Sitzung wird Baldwin den Rücktritt der Regierung verkünden. Darauf erfolgt Vertagung bis zur Bildung des neuen Ministeriums. Wie verlautet, wünscht Mac Donald eine Vertagung auf drei Wochen, um den neuen Ministern Zeit zu geben, sich einzuarbeiten.

Wie die Times weiter berichten, unterstützt Lord Haldane Mac Donald bei der Wahl der Persönlichkeiten, die die Regierung im Oberhause vertreten sollen. Die praktischen Schwierigkeiten, die im Zusammenhang damit für die Arbeiterpartei vorausgesagt würden, würden in unerwarteter Weise überwunden. Es bestehe jetzt kein Zweifel mehr, daß die Geschäfte der Regierung im Oberhause durch eine genügende Zahl von Wortführern vertreten sein würden. Sie würden größtenteils aus Kreisen nichtpolitischer Pairs gewonnen werden, d. h. Mitgliedern, die unter verschiedenen Regierungen und im Auslande gedient hätten und auch bereit wären, ihre Zugehörigkeit zu jeder künftigen Regierung als Fortsetzung ihres Dienstes anzusehen. Thomas sei jetzt der am meisten begünstigte Kandidat für das Kolonialamt, während für das Kriegsamt Brigadegeneral Thompson genannt werde. Thompson war militärischer Berater der Arbeitskommission, die 1923 das Ruhrgebiet besuchte.

Die preußische Personalabbau-Verordnung

Die Beratung über die preußische Personal-Abbauverordnung wurde am Dienstag, dem 15. Januar im Unterausschuß des ständigen Ausschusses des preußischen Landtages beendet. Im § 62 wurde ein Antrag, die Bestimmung zu streichen, daß eine von einer Gemeinde gewünschte Maßnahme, die der Personalverminderung dient, von der Schulaufsichtsbehörde nur aus zwingenden Gründen verhindert werden darf, abgelehnt. Eine längere Aussprache entspann sich über die vermögensrechtlichen Bestimmungen für den Fall, daß die Schulaufsichtsbehörde zur Personalverminderung die Zusammenlegung mehrerer Anstalten verschiedener Unterhaltungsträger ordnet. Der Abgeord. Wildermann (Ztr.) vertrat den Standpunkt, daß von einer Zusammenlegung garnicht gesprochen werden könne. In Wirklichkeit werde einer Gemeinde die Lehranstalt genommen, ohne daß einer anderen Gemeinde dadurch größere Lasten entständen. Denn sie werden nicht gezwungen, ihre Lehrerzahl oder ihre Klassen, zu vermehren. Es sei also kein Grund einzusehen, warum die Gemeinde, der ihre Lehranstalt genommen sei, jetzt ihre Schulgebäude und ihr Schulvermögen in das Eigentum einer anderen Gemeinde überführen solle. Das Zentrum beantragt darum Streichung dieser Bestimmung. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß das Unterbringungsgesetz vom 30. März 1920 betreffend Beamte und Lehrer aus Abtretungsgebieten keine Anwendung finden solle auf Stellen, die durch die Abbauverordnung frei werden. Hiergegen wandte sich scharf der Abgeordnete Gottwald (Ztr.), der sich mit warmen Worten der Flüchtlinge annahm, die schwere Opfer für das Vaterland gebracht haben. Ihm stimmten Vertreter der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei zu. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde dann auch abgelehnt. Das Zentrum hatte den Antrag gestellt, daß das Unterbringungsgesetz durch die Abbauverordnung nicht berührt werden solle; er wurde zurückgezogen zugunsten eines deutschnationalen Antrags, der denselben Gedanken in anderer Form aussprach. Dieser Antrag wurde angenommen, nachdem die Staatsregierung ausdrücklich zugesagt hatte, daß die Unterbringung während der Abbauzeit weiter geht.

Weiter wurden mehrere Anträge angenommen, die den Gemeinden eine stärkere Mitwirkung bei der Auswahl der abzubauenden Lehrer geben.

Für die Religionsgesellschaften wurde nach einem Antrage Wildermann-Delze-Meyer bestimmt, daß sie zwar nicht verpflichtet sind, die Zahl ihrer Geistlichen, Beamten und Arbeitnehmer zu vermindern. Soweit aber für diese Staatsmittel als Beihilfen, Zuschüsse oder Besoldungsvorschüsse gezahlt werden, sind diese zu kürzen. Das Maß und die Zeitpunkte dieser Kürzung bestimmt das Staatsministerium nach Anhörung der Religionsgesellschaften nach Maßgabe der Grundsätze, nach denen der Abbau der Staatsbeamten erfolgt.

Bei dem Abschnitt über die Kürzung von Versorgungsbezügen bei Privateinkommen war man durch die Reichsverordnung gebunden. Ein Einkommen aus dem Vermögen der Exlesfen soll bei der Kürzung nicht angerechnet werden. Das Privateinkommen soll erst dann in Anrechnung kommen, wenn es dem jeweiligen Grundgebiet der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe 1a entspricht — im Regierungsentwurfe steht 1a 7 —.

In § 100 wird bestimmt: Auf Beamte, Angestellte und Arbeiter des besetzten Gebietes, auch soweit sie in Zukunft dort verwendet werden, sowie die aus dem besetzten Gebiete Ausgewiesenen finden die Vorschriften dieser Verordnung nur auf Beamte besonderer Anordnung des Staatsministeriums Anwendung. Hierzu beantragt das Zentrum, daß eine solche Anordnung dem Landtage vorgelegt werden muß. Der Antrag wurde angenommen.

Der ständige Ausschuß wird am Donnerstag, dem 17. Januar Stellung zu den Beschlüssen des Unterausschusses und der ganzen Verordnung nehmen.

Der deutsche Gedanke.

Von Dr. K. von Mangoldt.

So geht es nicht weiter — das ist wohl das Grundgefühl, das im Augenblick die deutschen Herzen erfüllt. Die Verhältnisse werden unerträglich, das Alte hat abgewirtschaftet, es muß etwas Neues kommen. Aber was? Geholfen werden kann uns nur dadurch, daß endlich der sittliche Gedanke in ganz anderem Maße als bisher die Herrschaft in unserem privaten und namentlich in unserem öffentlichen Leben antritt, daß wir endlich entschlossen dem Eigennutz und der Trägheit, dem Haß, der Lüge und der Feigheit bei der Regelung unserer großen wirtschaftlichen Zustände, bei dem Verhältnis von Klasse zu Klasse, in unserem ganzen politischen und öffentlichen Leben den Abschied geben und statt dessen uns auf Güte und Gerechtigkeit, auf Wahrhaftigkeit, Verständnis und Entgegenkommen, auf Wohlwollen und Tapferkeit, auf Aufopferung und Ehrfurcht stützen, das in der inneren Gesinnung wie in großen organisierten Einrichtungen zum Ausdruck bringen und Persönlichkeiten die Führung anvertrauen, die hierfür Gewähr bieten. Das ist das Neue, das kommen muß, das ist der Weg der Rettung, das ist „die deutsche Idee" für unser öffentliches Leben!

Eine ganz besonders wichtige Anwendung hat der sittliche Gedanke aber auf dem für uns so entscheidenden Gebiete der auswärtigen Politik zu finden. Denn das, was in den letzten neun Jahren uns Deutschen und überhaupt den besiegten Völkern geschehen ist, ist ja, sittlich genommen, von einer geradezu unausdrückbaren Gemeinheit: Dabei ist der Weltkrieg an sich sittlich noch gar nicht einmal das Schlimmste, wohl aber sind sittliche Verbrechen allererster Ordnung die ungeheure Verlogenheit der Politik unserer Gegner, die unmenschlich Härte der Friedensbedingungen und der Nachkriegspolitik, mit der sie gleichmütig ganze große Völker zur Verzweiflung treiben und weite Schichten derselben dem leiblichen und sittlichen Untergange entgegenführen, und die zynische Unbekümmertheit, mit der sie Recht und Vertrag — man denke nur an die vierzehn Punkte Wilsons, — brechen, sobald es ihr Vorteil ihnen zu gebieten scheint. Das darf, das kann nicht so bleiben, gegen diese ungeheuerliche Verhöhnung von Recht und Sittlichkeit muß mit allen Mitteln der Kampf aufgenommen werden, das verlangt der sittliche Gedanke gebieterisch! Weltgeschichtlich genommen bedeuten diese Dinge eine wahre sittliche Katastrophe der abendländischen Völkerwelt, einen tiefen Sturz von der Höhe, die die rechtliche und sittliche Ordnung der Völkerbeziehungen bis zum Weltkrieg doch schon erreicht hatte. Denn durch jahrhundertelange gewaltige, geistige, politische und militärische Kämpfe hatte sich doch der große Gedanke der grundsätzlichen Anerkennung des Freiheits- und Unabhängigkeitsrechts der Kulturstaaten zu allgemeiner Geltung durchgerungen und waren sittliche Grundsätze zwischen den Völkern doch wenigstens in einem gewissen Ausmaße zur Anerkennung gelangt; ebenso hatte sich eine enge Verflechtung der Völker untereinander gebildet, die mehr und mehr zur Lebensgrundlage für jedes einzelne von ihnen wurde. Und all das ist nun mehr oder minder zerschlagen oder erschüttert, und die abendländische Völkerwelt ist zurückgeschleudert in das Dunkel einer Barbarei, die in ihren Wirkungen nicht viel besser ist als die Mongolen oder Türkeneinfälle in alter Zeit.

Bei den Lebensbedingungen der modernen Welt aber, bei der ungeheuren Entwicklung der technischen Kriegsmittel, bei dem wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Angewiesensein der Völker aufeinander, bei dem Unabhängigkeitssinne, der heutzutage selbst das zurückgebliebenste Volk erfaßt hat, bei der chronischen inneren Gärung, die in fast allen Staaten herrscht, bei der Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse und angesichts mancher weiterer wichtiger Umstände muß ein solcher Geist des Satanismus in den Völkerbeziehungen, wenn er andauert, die abendländischen Völker früher oder später mit Sicherheit zu Verfall und Untergang führen. Ein ungeheures Weltunheil droht daher, und nur die entschlossene Anwendung des sittlichen Gedankens auch auf diesem Gebiete kann ihn wehren.

Berufen aber, den weltgeschichtlichen Kampf für die tatsächliche Durchsetzung dieses großen Gedankens zu führen, sind vor allem und in erster Linie — wir Deutschen! Das mag zunächst verwogen klingen, aber es ist doch so. Nicht nur unsere Naturanlage, sondern vor allem auch der Umstand, daß wir das einzige große moderne Volk sind, bei dem das Eigeninteresse mit dem idealen Interesse in dieser Sache vollständig zusammenfällt, bestimmt uns dazu. Denn Anwendung sittlicher Grundsätze zwischen den Völkern, wirkliche Gerechtigkeit und Güte zwischen ihnen bedeutet für uns weitgehende Wiederherstellung, bedeutet die Möglichkeit, unsere Kräfte unserer Volkszahl entsprechend zu gebrauchen, bedeutet Reinwaschung unseres Namens, bedeutet Wiederaufstieg und Wohlfahrt für uns. Zugleich aber schließen sich an diese erste Aufgabe der Wiedergutmachung des ungeheuren Unrechts von Versailles usw. für die Anwendung und Durchsetzung des sittlichen Gedankens in den Völkerbeziehungen weitere gewaltige Aufgaben an. Das bisher so leicht zerbrechliche Völkerrecht ist auf eine viel festere Grundlage zu stellen und die bisher vereinzelten und zaghaften Anfänge eines neuen Völkerverhältnisses sind zu dem hohen Dome einer wirklichen, umfassenden neuen Völkerordnung auszubauen, die allen kulturfähigen Völkern guten Willens, Recht, Freiheit und Wohlfahrt verbürgt, und die insbesondere auch dafür Sorge tragen wird, daß nicht einzelne Völker als Fideikommißbesitzer der Weltgeschichte fast die ganzen äußeren Hilfskräfte unseres Planeten für sich mit Beschlag belegen, während die anderen Völker als die Proletarier unter den Nationen von diesem Reichtum ausgeschlossen sind und sich in Uebervölkerung, Hunger und Elend abquälen müssen.

Der Kampf aber um diese erhabenen Ziele menschheitlicher Ordnung und Vollendung ist mit wirklichem Erfolge nur zu führen durch die Tat. In langem, zähem Kampfe gegen Versailles und gegen den Weltverderber Frankreich muß das deutsche Volk zeigen und beweisen, daß dieser französische Geist, dieser Geist des Satanismus in den Völkerbeziehungen, doch schließlich das Feld zu räumen hat vor dem großen sittlichen Gedanken. Das deutsche Volk, durch die entschlossene Anwendung des sittlichen Gedankens in seinem eigenen Hause Ordnung und Wohlfahrt schaffen und dann in heldenhaftem Streite diesen Gedanken zum Siege tragend in der Welt da draußen — das ist „die deutsche Idee!"

Wachsende innerpolitische Opposition in Frankreich?

Angesichts der großen Aussprache, die in der Mitte der nächsten Woche in der französischen Kammer über die Finanz- und Sicherungsprojekte der Regierung stattfinden wird, bereitet sich eine innerpolitische Spannung vor, die bereits heute in der Presse deutlich zum Ausdruck kommt. Die Unzufriedenheit über die letzte Stellungnahme der Regierung, besonders über ihr Vorgehen in der Währungskrise wächst. Es ist bezeichnend, daß vor allen Dingen die dem Präsidenten Millerand nahestehenden Blätter in ihren Kritiken gegen Poincare nicht zurückhalten.

Herve überschreibt seinen heutigen Leitartikel in der Victoria mit den Worten:

„Der Todeskampf des Kabinetts Poincare"

und geißelt in schärfster Form die nach seiner Auffassung allzu leichte Art und Weise, mit der Poincare in der Währungsfrage vorgegangen sei.

Er wirft Poincare vor, daß er es nicht verstanden habe, die schnelle und brutale Geste zu machen, die den Ansturm gegen den Franken mit einem Male erledigt hätte. Nach der Auffassung Herves, der hierbei wohl Gedanken wiedergibt, die dem Elysee nicht ganz fremd sind, hätte Poincare diskussionslos von der Regierung ein Ermächtigungsgesetz in großem Umfange verlangen müssen. Das französische Volk wäre ihm alsdann zweifellos gefolgt. Die ganze Ritterlichkeit dieser Angriffe tritt hervor, wenn Herve meint, Frankreich sei zu jeder Anspannung bereit gewesen, wenn es nur einen Führer von richtigem Ausmaße gefunden hätte. Man muß erkennen, schreibt Herve, daß Poincare nicht dieser Führer ist. Herve, der bekanntlich zu den Intimen des Millerandkreises gehört, greift bezeichnenderweise auf die Ausführungen des in scharfem Gegensatz zu Poincare stehenden Senators Coty im Figaro zurück, der Poincare vorgeworfen hat, er habe es nicht verstanden, zu wollen. Ein Führer, der nicht zu wollen verstehe, schreibt Herve, sei kein Führer, da ja der Wille die hauptsächlichste und wesentlichste Tugend eines Führers sei. Dies habe den Boden unter den Füßen Poincares ausgehöhlt und nicht irgendwelche Intriguen. Deshalb sei trotz des Ruhrsieges das Kabinett Poincare gestern in seinen Todeskampf eingetreten.

Auch die Blätter, die den industriellen Kreisen nahestehen, sind mit der augenblicklichen Haltung Poincares sehr wenig einverstanden. So kritisiert die Journee Industrielle, wenn auch in gemäßigter Form und vor allen Dingen in sachlichen Argumenten die neuen Beschlüsse der Regierung. Tardieu benutzt im Echo National die Gelegenheit, um den Gegensatz zwischen Millerand und Poincare, den der Senator Coty in seinem gestrigen Artikel hervorgehoben hatte, noch weiter zu unterstreichen, der endgültig mit den Verdiensten Poincares abrechnet. Es erscheint nach allem sicher, daß Poincare am kommenden Dienstag einem außerordentlichen heftigen Angriff ausgesetzt sein wird.

() Die deutschen Sozialisten — Frankreichs schlimmste Feinde.

Das ist die Ueberzeugung, zu der sich Paul Hocquel, ein journalistischer Grünschnabel, der in der „Action Francaise" das Maul immer gewaltig aufreißt, durchgerungen hat und die er mit leidenschaftlicher Beredsamkeit zu verteidigen sucht. Wir denken anders darüber, und wenn wir hier ein Paar Sätze Hocquels zitieren, so geschieht dies nur, um zu zeigen, wie falsch in Frankreich die deutschen Verhältnisse beurteilt oder wie man sie, je nach Belieben, absichtlich in falschem Lichte darstellt. Kommentare hierzu erachten wir als überflüssig. Es genügt, wenn wir Hocquel gestatten, daß er sich in einem deutschen Blatte zum Wort meldet. Er schreibt in der „Action Francaise": „Ich habe stets gesagt, daß wir keine schlimmeren Feinde hätten, als die deutschen Sozialisten und daß die deutsche Einheit keine besseren Verteidiger habe, als sie." „Die Sozialdemokraten retteten 1918 das Reich durch die Komödie der Revolution. Sie ruinierte den deutschen Staat zum Schaden unserer Reparationen und zum Nutzen der Industriellen sowie der zahllosen, gänzlich überflüssigen Beamten, mit denen sie das Reich vergiftete. Die Sozialisten waren die Triebfeder der Centralisierung, d. h. der Verpreßung Deutschlands, und die ersten und erbittersten Vorkämpfer für die Revanche-Idee." Und an anderer Stelle in demselben Blatt, sagt der so überaus scharfe Beurteiler der deutschen Zustände, als er für eine „Politik Mangin" eintritt und die deutsche Einheit als das Damoklesschwert bezeichnet, das über dem armen Frankreich schwebt: „Wenn unsere Behörden im besetzten Gebiete die sozialistischen Parteien schonen, so schonen sie damit die besten Verteidiger der Bismarck'schen Einheit, deren Aufrechterhaltung mit mathematischer Gewißheit zur Revanche führt. Was wir auch tun und sagen mögen, nie werden wir die Freundschaft dieser Partei gewinnen, und alle Nachsicht ihr gegenüber wird nur ihre Unverschämtheit stärken." Es dürfen diese Worte den Sozialdemokraten manches sagen, was ihnen selbst neu ist. Man teilt ihnen da eine Rolle zu, die sie schwerlich beansprucht haben.

Dr. Schacht in Paris.

WTB **Paris**, 19. Jan. Es wird bestätigt, daß Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** am Montag zum ersten Male einer Sitzung des ersten Sachverständigenausschusses beiwohnen wird. Die Meldung des Temps, er werde in Begleitung von Staatssekretär Bergmann in Paris eintreffen, ist unrichtig. Staatssekretär Bergmann weilt bereits seit mehreren Tagen in Paris. Dem Temps zufolge haben offiziöse Besprechungen zwischen einigen Mitgliedern des Sachverständigenausschusses über die Liste der Dr. Schacht vorzuliegenden Fragen stattgefunden.

Die Aktion der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser Tage im Reichstag eine Sitzung abgehalten, deren Verlauf und Ergebnis in allen politischen Kreisen große Bedeutung zugemessen wurde. Indessen sind die Erwartungen, sofern man sich irgend welche politische oder parlamentarische Sensationen versprach, getäuscht worden.

Insbesondere haben die Sozialdemokraten, entgegen den brüsken Forderungen ihrer Partei, sich nicht zu einer Forderung der vorzeitigen Einberufung des Reichstages aufschwingen können. Es wäre den Sozialdemokraten ein leichtes gewesen, ihre Forderung durchzusetzen. Sie verfügen über die für ein solches Verlangen notwendige Zahl von Abgeordneten. Man sieht aus dieser Zurückhaltung, daß die Sozialdemokratie sich nichts von der vorzeitigen Einberufung des Reichstages für ihre partei-politischen Ziele verspricht und sie doch auch die Verantwortung für einen solchen Schritt scheut.

Der politische Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beirrt den militärischen Ausnahmezustand. Doch ist auch in dieser Hinsicht die Sozialdemokratie sehr vorsichtig. Sie fordert keineswegs sofortige Aufhebung dieses Zustandes, ja noch nicht einmal die unmittelbare Aufhebung an sich. Das ist außerordentlich beachtenswert. Nach dem Fraktionsbeschluß wird lediglich nur der Vorstand der Fraktion „beauftragt", mit der Reichsregierung zu **verhandeln**, damit der militärische Ausnahmezustand, dessen Aufrechterhaltung sich in keiner Weise rechtfertigen läßt, alsbald aufgehoben wird. Erst von dem Gang dieser erneuten Verhandlungen mit der Reichsregierung will die Fraktion es abhängig machen, ob dann die Einberufung des Reichstages beantragt werden soll.

Man sieht also, daß sich die Sozialdemokraten ihre Haltung mit allen möglichen Klauseln verbarrikadieren. Dieser Beschluß ist aus einer Fülle von Kompromissen zusammengesetzt. Er wird daher innerhalb der Partei im Lande auch niemand befriedigen.

Was die Sozialdemokraten beschlossen haben, liegt abseits vom Wege der großen Politik. Es sind Beschlüsse über Fragen, die sich **agitatorisch** auswerten lassen. Es werden hinsichtlich der Steuerpolitik die alten schlagwortartigen Vorwürfe gegen „Besitzenden" erhoben, es wird fortgesetzt von dem „Steuerungsrecht" gesprochen und es wird scharf Stellung gegen die Mietssteuer genommen. Die Sozialdemokraten fordern weiterhin die Aufrechterhaltung des Reichsmieten- und des Mieterschutzgesetzes. Sie verlangen insbesondere, daß die Entscheidungen über die mit der 3. Steuernotverordnung enthaltenen Maßnahmen dem Reichstag überlassen bleiben sollen.

Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind offenbar diktiert von dem Bestreben der Parteileitung, kein Porzellan zu zerschlagen. Die innere Unfreiheit der sozialdemokratischen Partei und die innere Krise, die sie gegenwärtig durchmacht, hindert sie an starker Aktivität. Die Beschlüsse sind auch offensichtlich von dem Bestreben diktiert, sich nicht festzulegen, sondern die Wege, die man endgültig beschreiten will, sich solange freizuhalten, bis man über die Taktik der Gegenseite ein Bild gewinnt.

Englische Kohlenkredite.

WTB Wie gemeldet wird, erklärte Sir John Hindley von der Maris-Export- und Handelsgesellschaft in einer Unterredung, daß die Abmachungen zum Zwecke der Gewährung von Krediterleichterungen an gewisse große deutsche Kohlenankäufer jetzt vollendet worden seien. Der Kredit werde in Höhe von 750 000 Pfund Sterling für den Ankauf durch die deutschen Staatseisenbahnen während der drei nächsten oder vier nächsten Monate über etwa 400- bis 500 000 Tonnen Kohlen gewährt. Hindley sagte, an seine Gesellschaft würde bezüglich dieses deutschen Eisenbahnkontraktes herangetreten. Es liege anderseits im Interesse Englands, den Handel zu behalten. Der Kredit beziehe sich nur auf die deutschen Staatseisenbahnen. Die Garantien seien erstklassig und schlössen nicht nur die führenden deutschen Banken, sondern auch die besten industriellen Häuser ein. Englischerseits umfasse die Gruppe, die den Kredit vorstreckt, und die unter der Leitung von Henry Schröder u. Co. stehe, die Mehrzahl der hauptsächlichsten Handelshäuser Englands.

Ludendorff haßt Bayern.

Dieser Tage ist in Bayern eine Broschüre erschienen unter dem Titel: „Ludendorff in Bayern". Der Verfasser ist anonym. Es bietet einen eigenartigen Reiz in diesen Ausführungen, hinter denen man doch eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung des General Ludendorff vermuten muß, zu sehen, wie Ludendorff eigentlich zu Bayern steht, und welche Gesinnung er diesem Lande und dieser Bevölkerung entgegenbringt. Es heißt da wörtlich: Nicht als ob ihm dieses Land am Herzen läge. Er steht seinen Bergen und seinen Seen, seinen Forsten und Almen gegenüber kühl und mit überlegener Distanz, und die unaussprechliche, aber so deutlich fühlbare katholische Athmosphäre, die um und über den Leuten und ihrem Wesen schwemm, wie altmodischer Lavendel, duftet in Truhen aus der Großvaterzeit, war ihm mehr als befremdlich; ja oftes gestanden, er haßte dieses Land fast wie jenes Schweden, das ihn auch flüchtig, klein, verlassen und elend gesehen hatte. Das vergaß er beiden Ländern nie."

Weiter werden in dieser Schrift die Bayern förmlich verhöhnt. Insbesondere geschieht das gegenüber denjenigen bayrisch-heimatlichen Verbänden, die es sich zur Aufgabe machten, den soldatischen Geist in ihren Reihen zu pflegen. Das geschieht durch folgende wörtliche Ausführungen: „Laßt die Spießer und die Bierphilister bei ihren harmlosen Kriegerund Regimentsfesten die Fahnen schwenken und beim schäumenden Maßkrug die Wacht am Rhein singen, laßt sie holdselig erröten, wenn ein Wittelsbacher Prinz ihnen auf die Schulter klopft. Zum Kuckuck mit allen Wittelsbacher Prinzen! Solang noch ein Hohenzoller in Doorn oder in Wieringen verkümmern muß! Laßt diese Leute bei ihren staatlich genehmigten Soldatenspielen sich wichtig machen. Er braucht für sich anderes Holz, er braucht die Jungen, die Revolutionären, die Rebellen mit dem hungrigen Herzen. Er braucht die Nationalaktiven."

Diese Stilproben genügen. Sie zeigen, daß Bayern ein Ludendorff gerade gut genug dazu ist, als Fußschemel für ganz andere und absolut nicht Bayern zu freundlichen Zielen zu dienen.

Die Liquidation der beschlagnahmten Lager.

WTB **Paris**, 18. Jan. Havas veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, in gewissen Kreisen der englischen Regierung seien kürzlich Befürchtungen wegen der wirtschaftlichen Rückwirkungen zum Ausdruck gebracht worden, die die Liquidation der im Ruhrgebiet beschlagnahmten Lager zur Folge haben könnte. In französischen Kreisen weise man diesbezüglich darauf hin, daß die englische Regierung alle notwendigen Angaben über die von den Besatzungsbehörden geplanten Vorsichtsmaßnahmen erhalten habe. Die französische Regierung habe in London vorgeschlagen, einen englischen Vertreter nach dem Ruhrgebiet zu entsenden, der mit dem belgischen und dem französischen Vertreter der Micum die Frage der Liquidation der Lager zu prüfen hätte. Der Vorschlag sei angenommen worden.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

!! **Olpe**, 21. Jan. In hiesiger Stadt haben die **Milchlieferanten** vielfach die Gepflogenheit angenommen, für die Milch denselben Preis zu fordern, der für die von auswärts hereinkommende Milch verlangt wird. In diesen Preis sind die Unkosten für Fuhrwerk usw. miteingerechnet. Diese Unkosten haben die Milcherzeuger am Platze nicht. Sie sind deshalb auch nicht berechtigt, erhöhte Preise zu nehmen; sie haben sich vielmehr an den vom Westfälischen Milchpreisausschuß auf Grund der Vereinbarung mit den in Frage kommenden Organisationen festgesetzten Grundpreis zu halten. Bei der letzten Festsetzung am 5. d. Mts. in Münster waren vertreten der Bauernverein, der Landbund, die Landwirtschaftskammer, der Meiereiverband, die Landespreisprüfungsstelle, die Wucherabwehrstelle

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

13) **Von B. v. Winterfeld.**

So kam es, daß die drei jungen Leute viel zusammen waren. Die beiden Gesunden lasen dem Kranken häufig vor, oder sie spielten mit ihm Schach, Halma oder Salta, auch erzählte Lina von ihren Waldensteiner Schülglingen, die ja auch Heino alle kannte. Daß dieser immer sehr still blieb, schadete die beiden auf seine noch immer große Schwäche. Er sah unterdessen, wie sich das Einvernehmen seiner beiden Gesellschafter immer herzlicher gestaltete. Lina äußerte unverhohlen ihre Anerkennung für Franzens treue Teilnahme, und dieser hatte sich noch nie so glücklich gefühlt. Er genoß den Zauber ihrer Nähe, den zwanglosen Verkehr mit ihr, und das Glück machte ihn noch liebenswürdiger und erfinderischer im Ersinnen kleiner Ueberraschungen und Unterhaltungen für den Leidenden.

Die Aerzte waren indessen nicht zufrieden, Heinos Kräfte wollten durchaus nicht schnell wiederkehren; daher beschloß man eine Veränderung der Luft und Umgebung zu versuchen. Eines sonnigen Winternachmittags siedelte man im geschlossenen Wagen nach Waldenstein über. Heino war sehr erfreut darüber, und Lina zuliebe, deren besorgter Blick so oft auf ihm ruhte, suchte er seine Stimmung mehr zu beherrschen, und wirklich gelang es ihm, seine Umgebung durch eine erzwungene Heiterkeit zu täuschen. Es war beschlossen, daß er nach Weihnachten mit seinen Eltern an die Riviera gehen sollte, den Winter im wärmeren Klima zu verbringen. Man hatte sich ganz daran gewöhnt, Franz fast täglich in Waldenstein zu sehen. Heinos Eltern waren heimgekehrt, um vor der langen Abwesenheit im Süden noch alle nötigen Anordnungen zu treffen.

„Linchen," sagte Heino eines Tages, als sie mit einer Handarbeit neben seinem Sessel saß, „ich mag gar nicht an unsere baldige Abreise denken; ich dachte nach Genf zu kommen, hoffte fleißig zu studieren, und nun heißt es faulenzen! Du weißt gar nicht, wie satt ich das habe!"

„O, ich verstehe dich so gut!" rief sie, „aber ich finde, du brauchst nicht zu faulenzen. Wenn du auch so bald nicht zu den Füßen eines Professors sitzen kannst, so kannst du doch vieles lesen und noch viel mehr sehen! Bedenke doch, wie vieles Schöne die Natur dort unten bieten muß, wie interessant das fremde Volk für dich sein wird! Und wenn man bedenkt, daß man in allem, allem, das einen umgibt, Gottes Spur verfolgen kann!"

„Hätte ich dich bei mir, Linchen, dann wäre es schön, du siehst überall und in allem so vieles, das mir entgeht. Aber ich verspreche dir, ich will versuchen, die Augen und die Seele aufzumachen, wie du immer sagst."

„Und wenn du erst wohler bist, Heini, dann schreibst du mir, nicht wahr?"

„Das will ich, Linchen, aber nun gehe noch etwas in den Park, solange die Sonne scheint, du bist in diesem Winter so blaß geworden."

„Das ist ja natürlich, mir war doch so bange um dich!"

Er drückte schweigend ihre Hand. „Also, auf Wiedersehen! In einer Stunde etwa."

Sie ordnete fürsorglich seine Kissen und winkte ihm dann in der Tür noch einmal zu, dann war er allein.

Er fühlte sich schon bedeutend kräftiger, seit er in Waldenstein war, und begann schon etwas umherzugehen; jetzt verfuchte er es wieder; es ging wirklich schon besser, als das letztemal. Er trat vor den Spiegel; sehr bleich, hager und krank blickte ihm sein Gesicht daraus entgegen. Traurig wandte er sich ab. „Linchen," flüsterte er, „nein, es kann nicht sein, es kann nicht sein!" Er seufzte und dachte an Franz, und er zwang sich, den Gedanken auszudenken, daß der andere kommen würde und Lina begehren, und daß sie mit ihm gehen und Waldstein und ihn, Heino, — für immer verlassen würde. Ja, ja, er mußte sich an den Gedanken gewöhnen; er wollte kein Egoist sein, er wollte ja nur Linas Glück! Ob es wohl ihr Glück sein würde? Sinnend und schmerzvoll blickte er in den tiefverschneiten Park und ließ sich ermüdet in den Sessel sinken.

Unterdessen wanderte Lina in das Dorf. Der Schnee glitzerte in der Winterfonne. Die scharfe, frische Luft tat ihr gut und färbte ihre Wangen, so daß sie viel rosiger und frischer aussah, als in den letzten Wochen. Sie besuchte im Dorf ihre Schutzbefohlenen, und überall hatte sie teilnehmende Fragen nach Heino zu beantworten. Ganz Waldenstein hatte in der schweren Zeit um ihn gebangt und freute sich nun ebenso seiner fortschreitenden Genesung. Den Heimweg zum Schloß nahm sie durch eine der alten Kastanienalleen, die jetzt mit dem schneebedeckten Geäst, das sich von dem blauen Himmel abhob, einen wunderbar malerischen Anblick boten.

Sie war noch etwa zwanzig Minuten vom Schloß entfernt, als sie hinter sich Schritte vernahm. Bald war Franz an ihrer Seite. Er hatte erfahren, daß sie im Dorfe war, und suchte sie nun auf, nachdem er sein Pferd dem Stallknecht übergeben.

„Darf ich mit Ihnen kommen, Komtesse Lina?"

„Gern," sagte sie freundlich und reichte ihm die Hand.

„Wie geht es Heino?"

„Ich finde ihn doch entschieden besser, daß seine Stimmung meist gedrückt ist, ist ja begreiflich. Es ist ihm so vieles durch die Krankheit zerstört. Wie sehr hatte er sich auf die Studien in Genf gefreut, und nun muß er den Gedanken, ja aufgeben."

„Ja, es ist recht traurig für ihn," bestätigte Franz.

Schweigend wanderten sie über den knisternden Schnee. In den kahlen Baumzweigen hüpften Meisen und Rotkehlchen hin und her.

„Sehen Sie, wie reizend die Vögel sind, und wie zutraulich!" rief Lina stehenbleibend.

Sie sahen den Tierchen zu. Seine Gedanken beschäftigte freilich etwas ganz anderes, als die zierlichen Geschöpfe.

„Komtesse Lina, darf ich Ihnen heute etwas sagen, das schon lange, ja seit Monaten, meine Seele erfüllt?"

Sie blickte ihn verwundert an. „Was könnte das sein, Herr von Rohrbeck? Bitte, sprechen Sie nur."

Angesichts dieser Unbefangenheit wurde es ihm doch schwer. Er wagte ihre Hand zu ergreifen, leise und ehrerbietig, und fuhr dann fort: „Seit ich Sie zum erstenmal sah, habe ich nichts Lieberes gekannt, als Sie. Ihre Gegenwart macht mich besser, und wie könnten Sie mein Leben beeinflussen, wenn Sie sich entschließen würden, mein Weib zu werden. Lina, geliebtestes Mädchen, sagen Sie ja!"

Sie hatte ihn in sprachloser Ueberraschung angeblickt, dann übergoß tiefes Rot ihre Wangen, und sie entzog ihm scheu ihre Hand, indem sie mit niedergeschlagenen Augen erwiderte:

„Ich weiß, daß Sie es gut meinen, Herr von Rohrbeck, aber ich will niemals heiraten. — Heino hat mich zu nötig."

„Aber Sie können ihm doch unmöglich Ihr ganzes Leben opfern!" kam es erschrocken von seinen Lippen. „Oh, überlegen Sie es sich, Lina! Nicht heute oder morgen sollen Sie mir antworten — ich will gern geduldig warten — nur lassen Sie mich hoffen!"

Als Lina noch immer schwieg, ergriff er wieder ihre Hand, drückte sie leidenschaftlich an seine Lippen und fuhr fort:

„Heino soll ja auch mein Bruder sein, und wir wollen gemeinsam alles tun, sein Leben erfreulich zu gestalten"

„Ich müßte aber Waldenstein verlassen," versetzte sie, von neuem errötend.

Also das war der Haupigrund! Gegen seine, Franzens, Person hatte sie nichts einzuwenden! dachte er, und neue Hoffnung erfüllte ihn. Er hielt ihre Hand noch fest.

„Bitte, lassen Sie mich, Herr von Rohrbeck — wir wollen Freunde sein, wie bisher. Mehr kann es nicht sein. Und lassen Sie uns sorgen, daß Heino nichts erfährt — es könnte ihn vielleicht aufregen."

Er hatte ihre Hand freigegeben und blickte ihr sehnsüchtig nach, als sie rasch dem Schlosse zuschritt.

(Fortsetzung folgt.)

für das neubesetzte Gebiet und die Vertreter der Städte. Der Milchpreis wurde **ab Hof auf 0,18 G.-M. pro Liter** festgesetzt. Es wird deshalb den Milchproduzenten empfohlen, sich an diesen Preis zu halten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, mit der **Wucherpolizei** in Konflikt zu kommen. Was hier von der Stadt gesagt worden ist, gilt natürlich auch für alle diejenigen Personen, die Milch **ab Hof** verkaufen.

)(**Olpe**, 21. Jan. **(Notgeldmünzen des deutschen Volksopfers.)** Professor Georg Korbe, Berlin, hat eine Denkmünze entworfen, die mit amtlicher Genehmigung als Notgeld des Deutschen Volksopfers herausgegeben wird. Die Münzen sind in beschränkter Anzahl von der Preußischen Staatsmünze geprägt und in folgenden drei Ausführungen hergestellt worden: 50-Millionen-Stücke in Messing, Verkaufspreis eine Goldmark, 100-Millionen-Mark-Stücke, versilbert, Verkaufspreis zwei Goldmark, 500-Millionen-Mark-Stück, vergoldet, Verkaufspreis drei Goldmark. Der vollständige Münzsatz wird zum Preise von fünf Goldmark verkauft. In Prometheus, der klassischen Gestalt des wehrlos Gequälten, hat der Künstler die Vergewaltigung der 12 Millionen an Ruhr und Rhein verkörpert. Angeschmiedet an den Felsen, hackt ihm ein Geier die Leber aus dem Leibe. Eine lodernde Flamme ist als Symbol der Befreiung auf der Rückseite der Münze dargestellt. Die Münze soll ein Erinnerungsmal für die Opferbereitschaft von Hunderttausenden sein, die durch Spenden zum deutschen Volksopfer die Not der Bevölkerung an Ruhr und Rhein lindern halfen.

Briefe an das S. V

Bilstein, 21. Jan. Man schreibt uns **aus dem Amte Bilstein:** Bei der Armut des Volkes dürfen Ortsinteressen nicht mehr maßgebend sein, sondern das allein darf ausschlaggebend sein, was der Allgemeinheit dient. Wie überall so muß auch endlich mal im Amte Bilstein das Gebot der Stunde sein, daß wirkliche Sparsamkeitspolitik getrieben wird, daß die Einnahmen erhöht, die Ausgaben möglichst eingeschränkt, unnötige gestrichen werden. Wie kann das geschehen? 1. Die Amtssparkasse muß möglichst bald ihren Sitz von Bilstein, das 7 Km. von der Bahnstation entfernt, also äußerst unbequem zu erreichen ist, nach Grevenbrück verlegen. Wäre das schon früher geschehen, um wieviel höher wären dann die Einlagen, die **Ueberschüsse** gewesen, als es wirklich der Fall war? Was alles hätte mit den **Mehrüberschüssen** der Sparkasse im Amte Bilstein, in den einzelnen Gemeinden besonders in kultureller und sozialer Hinsicht getan werden können! 2. Die Amtsverwaltung muß nach dem natürlichen Mittelpunkte, nach Grevenbrück, verlegt werden. An die Stelle der Dezentralisation muß die Zentralisation treten. Heute kostet die Verwaltung des Amtes und der einzelnen Gemeinden viel zuviel Geld. In (zwei) 2 von 4 Gemeinden, erhalten, bezw. erhielten bis vor kurzem die Vorsteher als Entschädigung sämtliche Bezüge der 8. Gruppe, wurden also besser besoldet als z. B. die Volksschullehrer und Postsekretäre, von denen doch eine gewisse Vorbildung verlangt wird, und die eine Prüfung abgelegt haben müssen. Hat das Amt seinen Sitz in Grevenbrück, kann die Arbeit der Vorsteher teilweise noch mehr eingeschränkt werden, als es schon heute der Fall ist, ohne daß dadurch die Selbstverwaltung der Gemeinden beeinträchtigt würde, sodaß also ihre Entschädigung nicht höher zu sein brauchte, als vor dem Kriege. Auch könnte der Gemeindevorsteherposten in Förde von dem Amtmann selbst mitübernommen werden, wie es gesetzlich zulässig ist und z. B. auch in einzelnen Städten des Kreises Meschede geschieht. Heute gibt es im Amte Bilstein 4 Gemeindekassenrendanten; 2 werden nach Gruppe 8 besoldet. Befindet sich das Amt aber in Grevenbrück, wäre es wahrscheinlich möglich, daß **ein** Amtsrentmeister mit einigen Gehilfen die ganze Arbeit übernehme, der dann an bestimmten Hebeterminen in die einzelnen Gemeinden ginge. Sicher aber würde für die Gemeinden Förde und Elspe ein Beamter genügen. 3. Man wird sagen: Die Verlegung des Amtes von Bilstein nach Grevenbrück scheitet an dem Nichtvorhandensein eines passenden Gebäudes in Grevenbrück. Darauf ist zu erwidern, daß unsers Erachtens die Zinsen für einen eventuellen Neubau sicher gedeckt werden, durch die verminderten Ausgaben und die zu erwartendep Mehrüberschüsse der Amtssparkasse. Vorstehende

Wirtschaftsteil.

Wochenbericht vom Wertpapiermarkt.

Der völlige **Szenenwechsel**, der an der Börse seit der Beendigung der Inflationszeit eingetreten ist, kommt vielleicht am sichtbarsten in der Tatsache zum Ausdruck, daß **Hauptverkäufer** für Industriepapiere die großen Industriekonzerne sind. Das gilt vor allem von der Industrie des besetzten Gebietes. Die Werke dieses Gebietes haben während des Einbruches in das Ruhrgebiet offenbar ihre stillen Rücklagen aufgebraucht und nun fehlen ihnen die Betriebsmittel, die Mittel für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die innere „Gold"substanz nützt ihnen jetzt nichts; so blieb den Werken nichts anders übrig, als auf denjenigen Teil ihrer Substanz zurückzugreifen, der sofort zu verwerten ist, nämlich auf die Wertpapierpakete, in denen sie einen Teil ihrer Inflationsgewinne angelegt hatten. Dieser Ausweg, zur Beschaffung von Betriebsmitteln immer neue Posten Wertpapiere auf den Markt zu werfen, wurde um so allgemeiner begangen, als die hohen Bankzinsen etwaige Kursverluste beim Verkauf von Aktien, deren Rentabilitäts- und Verzinsungsaussichten vorerst sehr gering sind, aufwiegen. Aber auch der Warenhandel verkauft aus dem gleichen Grunde, nämlich, um Mittel für die Wiederauffüllung der Warenlager zu gewinnen. Die Bankzinsen sind eben größer, als die Aufwertungshoffnungen. Man kann aus diesen Verkäufen der Industrie und des Warenhandels nicht ohne weiteres schließen, daß diese Kreise die wirtschaftlichen Aussichten und die auf eine Höhenbewertung der Wertpapiere ganz schlecht ansehen. Angesichts der anhaltenden Verkäufe der Industrie muß man sich über die Aufnahmefähigkeit der Börse eigentlich wundern, um so mehr, als sie durch die hohen Stempel- und Bankspesen überaus ungünstig beeinflußt wird. Geld war freilich neuerdings etwas reichlicher für Börsenzwecke angeboten, aber auch jetzt noch sind die Opfer, die für die Durchhaltung von Wertpapieren auf Spekulation zu bringen sind, noch ziemlich hoch. Die große Menge der Wertpapierbesitzer im Publikum ist aber im allgemeinen froh, wenn sie nicht unter dem Drucke der Einkommensverminderung gezwungen ist, solche noch abzustoßen. Unter diesen Umständen waren die Umsätze sehr gering. Man gewann mitunter den Eindruck, daß als Vorarbeit für kommende neue Industriezusammenschlüsse kräftige Hände hinter den Kulissen manche Werte aufkaufen, um vielleicht zu gegebener Zeit wieder einmal einen schwunghaften Handel mit Aktienmehrheiten treiben zu können.

In den letzten Tagen wurde die Stimmung etwas freundlicher und das Geschäft etwas lebhafter. Die Verkäufe der Industrie scheinen beendet zu sein. Man hat sich offenbar doch hier und da ausländische Kredite zu verschaffen gewußt. An die Pariser Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht knüpft man Hoffnungen, daß das Zustandekommen der Goldnotenbank und die Stabilität der Mark das internationale Vertrauen zu Deutschland wiedererwecken und den Großbanken, und damit auch der Industrie, ausländische Kreditquellen erschließen werde. Die Tiefunternehmer an der Börse nahmen jetzt Deckungen vor, zumal da die Befürchtung vor einer Vergewaltigung der kleineren Aktionäre aus Anlaß der Goldbilanzen geringer geworden sind, weil man annimmt, daß die Gesetzgebung den Kleinaktionär schützen werde. Man verweist auch auf eine leichte Besserung der Geschäftslage in einzelnen Industrien. Anderseits ist man sich freilich darüber klar, daß der Frankensturz den französischen Wettbewerb verschärfen muß. Völliger Stillstand herrscht am Markte der unnotierten Werte, weil man gerade hier starke Aktienzusammenlegungen fürchtet. Die Ausschüttungsbewegung der einheimischen Rentenwerte und der Hypothekenpfandbriefe ging weiter. Die „Aufwertungshoffnungen" werden von der kleinen Spekulation in recht ungesunder Weise ausgenützt. Gesucht sind ferner österreichische und ungarische Renten.

Ein abgeschlagener Vorstoß.

Die Reichsbank hatte in letzter Zeit sich eines starken Vorstoßes zu erwehren, der von bestimmter Spekulations-Seite aus dem Inlande, die aber ihrerseits wiederum im Bunde mit Spekulanten an den Auslandsbörsen arbeitete, gegen die Rentenmark geführt worden war. Dieser Vorstoß kann nunmehr als **endgültig abgeschlagen betrachtet werden.** Der Reichsbank ist es gelungen, mittels der inzwischen gesammelten Devisen dem Vorstoß zu begegnen. Die Aktion hat freilich nicht unbedeutende Mittel beansprucht, doch hat die Reichsregierung sie in der letzten Zeit und zwar durch Umtausch der an den Markt kommenden französischen Franken in amerikanische Dollar, doppelt wieder einholen können.

Man kann heute aussprechen, daß die Reichsbank gegenüber etwa künftigen Anstürmen gegen die Rentenmark durchaus gerüstet, ja noch **viel besser** gerüstet ist als seither. Es kann nur immer wieder betont werden, daß die Reichsbank entscheidendes Gewicht darauf legt, die Rentenmark **unter allen Umständen** zu halten. An der Entschlossenheit dieser Absicht und an der Energie der zu ihrer Durchführung notwendigen Maßnahmen kann und darf nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Geldmarktlage

hat in letzter Zeit sich flüssig gehalten. Trotzdem sind aber die Geschäfte an der Börse fast vollständig zur Stagnation gekommen. Das liegt daran, daß die Geldknappheit weiterhin anhält, die nachgerade zu einer großen Kreditnot für die Industrie und Wirtschaft geworden ist. Die Umsätze an der Börse sind sehr geringfügig, unter den heutigen Verhältnissen genügen schon Verkaufsaufträge von 5 oder 10 Aktien, um den Kurs empfindlich zu drücken. In der Industrie gibt es vorerst keine Belebung, da der Baumarkt auch wegen der jetzigen Jahreszeit vollständig daniederliegt. Die Aussichten auf eine Besserung dieser Situation sind vorerst sehr gering, auf eine Tendenzwendung nach der einen oder anderen Seite ist nicht zu rechnen.

Die Effektenbesitzer sind natürlich in einer sehr mißlichen Lage. Andererseits wird die gegenwärtige Situation sehr stark von berufsmäßiger Spekulationsseite zu Eindeckungen benutzt, da man die Aktien, namentlich soweit es sich um die sicheren Montan-, Maschinen-, Metall-, Schiffahrts-, Banken-, chemische und Textilwerte handelt, als außerordentlich unterwertet hält und größere Gewinnmöglichkeiten für gegeben erachtet. Allerdings müßte beachtet werden, daß Neu-Eindeckungen nur mit vollständig frei zur Verfügung stehenden Mitteln geschehen, da eine Aufwertung nur auf lange Sicht in Frage kommen könnte.

Die Lage am Effektenmarkt

hat sich in den letzten Tagen ein klein wenig freundlicher gestaltet. Es ist geradezu belustigend, mit welchen grotesken Mitteln die berufsmäßige Spekulation und alle interessierten Börsenkreise gewaltsam eine Belebung auf dem Effektenmarkt durchsetzen wollen. Neuerdings hat man es mit Spekulationen über den Markt der heimischen Anleihen versucht, und zwar auf die ganz unbestimmten Mitteilungen über eine Schwenkung der Regierung in die Hypothekenpolitik hin. Man wird sich den Dingen an der Börse gegenüber nach wie vor mit großer Ruhe und Reserve wappnen müssen, denn irgendwelche sicheren Anhaltspunkte für eine gesunde und stetige Belebung auf dem Effektenmarkt sind zur Zeit noch nicht gegeben. Man muß in der jetzigen Zeit bei allen sogenannten Aufwertungen an der Börse genau nachprüfen, ob es sich um natürliche Erscheinungen oder um nur Markt-technische Motive, oder gar um spekulative Manöver handelt.

Aufwertung?

Die Nachricht von der Aenderung der Stellung der Reichsregierung zur Frage der **Hypothekenaufwertung** hat auf dem **Anleihemarkt** recht anregend gewirkt. Die Börsenspekulation benutzte diese Nachricht, die hinsichtlich der Art und des Umfanges ihrer Verwirklichung noch auf sehr schwachen Füßen steht, um eine lebhafte **Kurssteigerung bei fast allen heimischen Anleihen** druchzusetzen. Namentlich sind in den letzten Tagen sehr große Umsätze in der starken Kurssteigerungen auf dem Markte der **deutschen Kriegsanleihen** in die Erscheinung getreten. Mit Kurserhöhungen sind schon vorangegangen die früheren deutschen Reichs- und preußischen Staatsanleihen, und von der allgemeinen Kursaufwertung haben denn auch die Anleihen der einzelnen Länder gewinnen können.

Wir fühlen uns aber doch für verpflichtet, vor all zu großem Zutrauen in weiteren Steigerungen zu warnen. Die Annahme, daß eine Aufwertung der Anleihen stattfinde, hat bis jetzt noch keine sichere Stütze. Und selbst wenn eine Hypothekenaufwertung käme, wird sie sich sehr beschränkt und sehr bedingt wirken. Auf alle Fälle wäre die Höhe dieser Aufwertung nicht allzu bedeutend, und es entsteht die Frage, ob nicht schon durch den heutigen Kursstand diese Anleihen die Aufwertung vorweggenommen ist. Die Kurssteigerungen der deutschen **Kriegs**anleihen müssen um so mehr überraschen, als jener nicht einmal eine Aufwertung der **Vorkriegs**anleihen irgend wie geklärt ist. Als unmittelbarer Beobachter an der Börse hat man den Eindruck, daß bestimmte Kräfte am Werk sind, um über ein **Spezial**gebiet hinweg eine **allgemeine** Anregung für das jetzt sehr stark niederliegende Effektengeschäft zu geben. Die Besitzer und Interessenten von Anleihen — dazu gehören vorwiegend die schwächeren Schichten unserer Bevölkerung — mögen zusehen, daß sie nicht unfreiwillig solchen spekulativen Machenschaften Vorschub leisten.

Die rheinisch-westfälische Bank und die Reichsregierung.

Die anfänglich von der Reichsregierung als Vorbedingung für die Genehmigung einer in Köln zu errichtenden rheinisch-westfälischen Goldbank und von den französischen Unterhändlern abgelehnt worden. Es haben nun neue Verhandlungen mit dem Präsidenten der Rheinlandkommission stattgefunden, zu welchen die Reichsregierung folgende Bedingungen stellt: Die Bank darf im ersten Jahr bis zu 75 Dollar Goldanweisungen abgeben, später bis zu 100. Die geringste Stückelung muß 8 Goldmark betragen. Die Währungseinheit soll gleich sein 80 Goldpfennigen. Das Reich soll das Optionsrecht an den im deutschen Besitz befindlichen Aktien erhalten. Diese Bedingungen sind abgelehnt, die Verhandlungen sind aber noch nicht abgebrochen.

Merkwürdige Geschäfte.

Der gegenwärtige Stand des französischen Franken hat an der Berliner Börse zu manch merkwürdigen Geschäften geführt. Franken-Abgaben erfolgen täglich in nach mehreren Millionen zählenden Beträgen. Andererseits kann man auf dem Effektenmarkt sehr starke Abgaben von deutschen Papieren aus französischer Hand beobachten. Es stellt sich heraus, daß in ausländischem und zwar vorwiegend in französischem Besitz befindliche größere Bestände an deutschen Wertpapieren, namentlich am Montan-, Maschinen- und chemischen Aktien zeigt auf den Markt geworfen werden, um mit dem Erlös französische Wertpapiere an der Pariser Börte aufzukaufen. Man rechnet dabei auf weitere Kurssteigerungen als Folge des Sinkens des Franken, also auf sogenannte Entwertungsgewinne nach Übel berüchtigtem deutschen Muster. Solche Transaktiyen werden auch von deutscher Spekulationsseite unternommen, sie bergen freilich das allergrößte Risiko in sich.

Im übrigen hat die an dieser Stelle wiederholt ausgesprochene Auffassung, daß der Kurs des französischen Franken keinen Anlaß zu Genugtuung oder Schadenfreude gibt, sich inzwischen nachhaltig bestätigt. Denn es stellt sich jetzt heraus, daß das deutsche Exportgeschäft wegen des Sinkens des französischen Franken sehr stark leidet, da nun die französische Industrie in der Lage ist, die deutsche zu unterbieten. Die in letzter Zeit wahrzunehmende Aktivität der deutschen Handelsbelanz, die ganz und gar auf den Ausfuhr-Ueberschuß der deutschen Industrie abgestellt ist, gerät damit wieder ins Wanken. Gerade diese Tatsache zeigt die untrennbare Verbundenheit, ja, man möchte sagen, die Schicksalsgemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen der beiden benachbarten Länder, und man möchte nur wünschen, daß die jüngsten Vorgänge den Leitern der französischen Politik diese Tatsache angesichts der bevorstehenden Verhandlungen sehr ernstlich vor Augen führen.

Im schwarzen Glacehandschuh

Skizze von **Clara Blüttgen.**

Sie kannten sie alle, die Frau Professor Jordan, und sie mochten sie alle gern. Ihre Tapferkeit, sich in der Not dieser Zeit zu behaupten, imponierte und erweckte Sympathie. Sie jammerte nie, klagte nie über die Preise, sondern meinte, daß die nun einmal so seien, daß man sich damit abfinden müsse. Wenn man die übliche Frage an sie richtete, wie es ihr gehe, so erwiderte sie nicht etwa „mieß multi Indeg", sondern einfach: „O ganz gut!" und unterstrich es mit einem freundlichen Lächeln.

Noch immer wußte sie den Anschein der Dame der guten Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Ihre Kleidung war zwar alt und abgetragen, aber fleckenlos, sauber gebürstet und mit einigen geschickten Tricks der Modenveränderung glücklich angepaßt.

Man hatte von ihr, nur so ganz nebenbei, erfahren daß sie allerlei Unerfreuliches durchlebt habe, mit Zwangsmietern und Hausverwaltern, mit einer bösen Behörde, die ihr die letzte kleine Pension gestrichen, mit Einbrechern, die sie fast ihrer gesamten Garderobe beraubt hatten. Aber, wie gesagt, nehmen Frauenklub an, dessen ziemlich hohen Monnehmen Frauenklub an, dess enziemlich hohen Monatsbeitrag sie ohne Murren bezahlte.

Außerdem hielt Frau Jordan auf Tradition. Sie wußte, daß sie für die Eleganz einer Frau in erster Linie die Beschaffenheit von Schuhen und Handschuhen maßgebend sei. Ihre Schuhe waren in guter Verfassung und Handschuhe trug sie immer. Meist lange, schwarze Glaces, die noch ein Stückchen des Unterarms bedeckten.

Man schüttelte ein bischen den Kopf darüber in diesem vornehmen Klub, in dessen hellerleuchteten, nach den neusten Bedürfnissen des Schönen eingerichteten Räumen die Kommerzienrätinnen und Exzellenzen keine Handschuhe trugen, sondern das Brillantenfeuerwerk ihrer Ringe unverhüllt sprühen ließen.

„Es ist eine Laune von ihr, gönnen wir sie der alten lieben Dame, wir alle haben vielleicht auch unsere Unbegreiflichkeiten." „Gewiß, Liebe. Nur ist diese Laune zurzeit etwas Kostspieliges. Und wer rechnen muß, wie es unsere liebe Professorin doch zweifellos muß —" „Immer nobel muß die Welt zugrunde gehen! Nach uns die Sündflut. — Kümmern wir uns nicht weiter darum!"

Trotzdem bekümmerte man sich weiter darum, und das umso mehr, je hartnäckiger die Professorin daran festhielt, das schwarze Glaceleder nie von ihren Händen zu entfernen. Endlich schien des Rätsels Lösung glücken zu wollen.

Frau Bredow, die junge Frau eines reichen Automobilfabrikanten, hatte in sich das Talent der Handschriftendeutung entdeckt. Gefällig erzählte man sich im Kreise ihrer Intimen, wie unfehlbar ihre Gabe sei, aus den Linien der Handinnenfläche Alter, Charakter, Erlebnisse und Zukünftiges des betreffenden Objektes zu lesen.

Rasch hatte sich ein kleiner Zirkel gebildet. Frau Bredow war am Wert, beschaute Handflächen, verfolgte „Lebenslinien" und andere Linien, deutete mit Kassandramiene und traf immer das Richtige.

Man hatte natürlich auch Frau Jordan, zu deren Ueberlistung ja die ganze Veranstaltung arrangiert worden war, hinzugezogen, sie zum Niedersitzen im Kreise gezwungen.

„Bitte, nicht. Ueber meinen Charaktr gebe ich mich keiner Täuschung hin, meine Erlebnisse kenne ich selbst am besten, und von der Zukunft möchte ich den Schleier beileibe nicht lüften."

„Aber, teure Professorin, wo wir doch alle — — es ist doch hochinteressant. Fehlt es Ihnen an Mut?"

„Das nicht. Ich will einfach nicht."

„Dann müssen wir für Sie wollen. Nur zu Ihrem eigenen Besten. Frau Bredow wird Ihnen sicher eine himmelblaue und rosenrote Zukunft prophezeien können."

Ob die Professorin wollte oder nicht wollte — man hatte sich zu zweien ihrer rechten Hand bemächtigt, den Handschuh, so knapp er auch saß, davon abgestreift.

Der Professorin blasses Altdamengesicht war rot geworden. Noch machte sie den vergeblichen Versuch, die hüllenlose Hand zu verbergen. Aber es war zu spät. Ein verarbeitetes Glied mit aufgetriebenen Gelenken, kurzen, verunstalteten Nägeln, hornartiger, rissiger Haut war sichtbar geworden. Die Hand einer „Schwerarbeiterin" im häuslichen Beruf.

Die eleganten Frauen in den weichen Seidenkleidern waren verlegen geworden. Nur der Professorin war mit einem Male alle Verlegenheit gewichen. Sie richtete sich gerade auf und ihre eingesunkenen Augen glühten noch einmal in einem fremden Feuer auf:

„Nun haben Sie Ihren Willen! Nun wissen Sie, was ich aus Rücksicht — nicht auf mich, sondern auf Sie — verschwieg. Ich bin eine Arbeiterin, eine, wie Frauen des Mittelstandes es ja jetzt alle geworden sind, die eine so, die andere so. Von nichts konnte ich nicht leben, seitdem man mir meine kleine Pension genommen hat. Talente, die ich nutzbringend hätte verwenden können, besitze ich nicht. Wo ist überhaupt jetzt ein Talent, das ernährt? Das tut nur die Arbeit der Fäuste. So gehe ich denn als Aufwaschfrau in die Häuser der Bemittelten, fege Stuben, spüle Geschirr, koche, wasche, plätte. Meine Tatze beweist, daß ich mir mein Brot rechtschaffen verdiene. Um mich aber nicht ganz aus dem Kreise aller geistigen Interessen auszuschalten, gehöre ich noch weiter diesem Klub an. Werden Sie sich nun noch damit abfinden können, mich hier zu dulden?

Eine Pause klaffte. Dann stand eine der vornehmsten Damen auf, zog den grauhaarigen Kopf der Frau Jordan an ihre Schulter, streichelte ihr sanft die Wange: „Meine liebe, liebe, tapfere Frau Professor!"

Auch die junge Handdeuterin war aufgestanden. Unversehens hatte sie sich über die verarbeitete Hand gebückt und sie geküßt.

„Verzeihen Sie mir! Dies der Hand, die anderen den Weg weisen kann, der Hand, die durch Arbeit geadelt ist!"

---

* **Der verdiente Archäologe Wilhelm Dörpfeld,** der frühere Leiter der Ausgrabungen in Olympia, dann in Troja, Pergamon und Ithaka beging am 26. v. M. seinen 70. Geburtstag. Seit 1920 ist er Professor an der Universität Jena. Die griechische Gesandtschaft in Berlin hat den Rektor der Jenaer Universität, Prof. Dörpfeld, dem großen Philhellenen, dem Pionier deutscher Wissenschaft, dem Förderer griechischer Kultur und Gesittung, anläßlich seines 70. Geburtstages die aufrichtigsten Glückwünsche des griechischen Volkes aussprechen und ihn dessen Dankbarkeit und Verehrung versichern zu wollen. Wilhelm Dörpfeld ist der Sohn eines rheinischen Padagogen und in Barmen geboren.

* **Auf dem Küstenland von Ostende** stehen immer noch vier deutsche Geschütze, die dort als Abwehr gegen die englischen Angriffe von der Seefeite her aufgestellt worden waren. Sie tragen den Namen Gneisenau-Batterie und sind zum erstenmal gegen das englische Schiff „Vindictive" in Tätigkeit getreten. Die Geschütze sollen jetzt verschrottet werden. Die Anlage wird schon abgebaut. Damit schwindet die letzte deutsche Kriegserinnerung, die sich in Ostende noch gehalten hat.

Zeilen sollen lediglich den Zweck haben, die Bewohner des Amtes auf die Mißstände aufmerksam zu machen und sie zur Abänderung zu veranlassen.
Civis.

Provinzielles.

* **Münster**, 19. Jan. **Skandalöse Zustände im Flüchtlingslager** auf der Rennbahn kamen hier in der Stadtverordnetensitzung zur Sprache. Seit dem 1. Januar ist die Fürsorge des Reiches für das Lager eingestellt. Ein Mitglied des Stadtparlaments wies auf den schlechten Gesundheitszustand, besonders der Kinder hin. Der Wind pfeife durch die Bretterwände der Baracken. In einigen der Wohnbaracken seien den Kindern die Hände und Füße nahezu erfroren. In einzelnen Räumen müßten fünf Personen auf wenig Stroh hausen. Oberbürgermeister Dr. Sperlich, der selbst gerade das Lager besichtigt hatte, erklärte, daß die Beschreibungen der furchtbaren Zustände in dem Flüchtlingslager um keinen Strich zu schwarz gezeichnet seien. Was dort an Not, Elend und Jammer herrsche, schreie zum Himmel. Vom Reiche seien die Mittel kurzerhand gesperrt worden. Alle Versprechungen seien vom Reiche glatt gebrochen worden. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird, daß das Lager der Stadt Münster in einer Form übergeben wird, die eine menschenwürdige Wohnung für die Flüchtlinge bietet.

* **Münster i. W.**, 19. Jan. In **Billerbeck** stürzte laut „Münst. Anz." der Landwirt Lordomann so unglücklich von der Tenne, daß er die Wirbelsäule brach und alsbald verstarb.

* **Mücke**, 16. Jan. Auf den **Eisensteingruben** Lüse und Isdorf, wo die Arbeit schon seit Wochen ruht, haben sich die alten Arbeiter nahezu alle zur 10stündigen Arbeitszeit bereiterklärt, so daß Aussicht auf Eröffnung des Betriebes besteht.

WTB **Oberstein**, 16. Jan. Beim Rodeln auf dem Neuweg kippte hier ein Schlitten um. Vier Personen, die sich auf ihm befanden, stürzten mit dem Kopf auf das Eis. Eine war sofort tot, die drei anderen wurden zum Teil schwer verletzt.

* **Hildesheim**, 17. Jan. Auf einer **Hildesheimer Bank** erschien im Juli 1921 ein Mann, der sich als **Maurerpolier** vorstellte und einen **Schuldschein einer Gemeinde** aus dem Kreise Marienburg vorzeigte, nach dem er für ein dort von ihm erbautes Schulhaus 2500 M. von der Gemeinde zu fordern hatte. Die Bank zahlte ihm das Geld sofort aus. Aber als sie sich mit der Gemeinde diesbezüglich in Verbindung setzte, stellte sich heraus, daß der betreffende „Herr", gar kein Gebäude gebaut hatte, sondern ein von einer Strafanstalt beurlaubter Zuchthäusler war der sich allmonatlich von dem Vorsteher der Gemeinde eine Aufenthaltsbescheinigung geben lassen mußte. Diese Unterschrift hat er zur Urkundenfälschung benutzt. In gleicher Weise hatte er eine zweite Urkunde ausgestellt die Abrechnung über einen Schulbau enthielt, und die er ebenfalls der Bank vorgelegt hatte. Den Schaden bei dieser Urkundenfälschung hat die Bank getragen; denn in dem Prozeß, den sie gegen die Gemeinde wegen Rückzahlung des Geldes anstrengte, erkannten beide Instanzen auf Abweisung der Klage.

Ein Irrsinniger vor Gericht.

Die Leidensgeschichte eines Geisteskranken kam dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts in Berlin zur Sprache. Seit Jahren wird der jetzt 35jährige Kaufmann Otto Schön von Gericht zu Gericht geschleppt. Ueberall, wo er auftrat, hat er kleine Eigentumsdelikte begangen und war immer wieder zu Gefängnis verurteilt worden. Allerdings konnte das Urteil nie vollstreckt werden, da Schön bald wieder aus dem Gefängnis als haftunfähig entlassen wurde. Er war auch schon im Jahre 1903 in einer Irrenanstalt, wurde aber von hier als harmlos entlassen.

Jetzt hatte er wieder einmal einen kleinen Betrug begangen. Das Schöffengericht hatte ihn zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, gegen dieses Urteil hatte Rechtsanwalt Dr. Schwindt Berufung eingelegt. Der Angeklagte schilderte dem Gericht seine angebliche Erfindung, die in einer „Befruchtungsspritze für die Landwirtschaft" bestehen soll. Er bezeichnete sich als Doktor der Philosophie. Ueber sein Doktorexamen gab er, frei nach Wilhelm Busch, eine Schilderung nach Art des Kandidaten Hieronymus Jobs. Er sei nach München zur Universität gefahren. Als er ins Zimmer trat, seien dort fünf oder sechs Herren versammelt gewesen; einer von ihnen ein ganz hohes Tier, ein Herr Rat, sei auf ihn zugetreten, habe ihm auf die Schulter geklopft und gesagt: „Das ist fein, daß Sie kommen, jetzt gehören Sie zu uns. Von heute ab sind Sie Doktor der Philosophie." Nun habe er seine Befruchtungsspritze ausgearbeitet, mit der man dreimalige Ernte erzielen könne. Die Erfindung habe er dem Ministerpräsidenten Braun vorgeführt. Dieser habe sofort freudig ausgerufen, indem er ihn am Arm packte: „Das müssen wir gleich Ebert zeigen." Der Reichspräsident habe ihn sofort glänzend bewirtet und dann gesagt: „Jetzt müssen Sie als Regierungsrat ins Ruhrgebiet. Das ist die alleinige Hilfe für uns." Der Vorsitzende unterbrach den Redeschwall des Angeklagten, indem er bemerkte: „Sie haben doch aber als Angestellter eines Rechtskonsulenten einer Frau 300 Mark Honorar abgenommen und das Geld, das Ihnen nicht gehörte, in die Tasche gesteckt." Darüber geriet der Angeklagte in Harnisch. Er brauste auf und rief dem Vorsitzenden zu: „Wenn Sie so unvernünftig reden, dann kann man mit Ihnen ja gar nicht verhandeln. Ich werde Ihnen aber mal etwas sagen. Hier haben Sie meine Uhr (er zog sie aus der Tasche und legte sie auf den Gerichtstisch). Sehen Sie, jetzt habe ich sie Ihnen gegeben, nun ist sie doch Ihr Eigentum."

Der Vorsitzende sah ein, daß es nicht möglich sei, mit dem Angeklagten zu verhandeln. Da auch Sanitätsrat Dr. Lehnsen Schön für völlig geisteskrank erklärte, kam das Gericht ohne weiteres zu einer Freisprechung. Der Verteidiger wird nun auch in all den anderen Fällen, in denen die Verurteilung Schöns erfolgt ist, die Wiederaufnahme auf Grund des § 51 beantragen.

Letzte Telegramme.

WTB **Magdeburg**, 21. Jan. Ueber die Arbeitszeit und die Löhne in der mitteldeutschen Industrie wurde gestern ein Schiedsspruch gefällt, der von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern angenommen wurde, aber noch in den beiderseitigen Verbänden zur Annahme vorgelegt werden muß. Die regelmäßige Arbeitszeit kann danach auf 54 Stunden in der Woche festgelegt werden. Das Abkommen gilt bis zum 30. Juni 1924.

WTB **Moskau**, 21. Jan. Die rumänische Regierung hat den russischen Vorschlag, die russisch-rumänischen Wirtschaftskonferenz in Odessa abzuhalten, mit dem Gegenvorschlag, Warschau als Verhandlungsort zu wählen, beantwortet.

WTB **London**, 21. Jan. Nach einer Reutermeldung hat der Lokomotivführer- und Heizerverband beschlossen, seine Streikankündigung nicht zurückzuziehen.

WTB **Berlin**, 21. Jan. Die deutsch-atlantische Telegraphengesellschaft beabsichtigt, das Kabel Emden-Vigo in nicht zu ferner Zeit wiederherzustellen und hat sich mit der Eastern Telegraphen Compagnie bereits über die Wiederaufnahme des Betriebes verständigt.

WTB **Stuttgart**, 21. Jan. Staatspräsident Dr. von Hieber hielt bei einer Veranstaltung im Offiziersstandortheim anläßlich der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung eine Ansprache, in der er besonders betonte, daß wir trotz allem das kostbare Erbe vom 18. 1. 1871, die Einheit des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes, erhalten hätten. Es sei erfreulich, daß auch im jetzigen verkleinerten Heere der Geist der Opferwilligkeit und des freiwilligen Sichhingebens eine Pflege findet, denn wir sähen im Heere den Ausdruck der Volksgemeinschaft, ohne die wir weder im innern noch nach außen wieder emporkommen können.

WTB **Hagen**, 21. Jan. Vorgestern nachmittag entgleiste in der Alleestraße an der Ecke der Brückstraße an einer abgesperrten Stelle ein Wagen der elektrischen Straßenbahn und stürzte die Böschung hinab. Der Wagen wurde zertrümmert. Von den Insassen wurden nach den bisherigen Feststellungen 25 Personen zum Teil schwer verletzt. Von 12 verletzten Schupobeamten mußten 8 dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Ursache des Unglücks bedarf noch der Feststellung. Es ist wahrscheinlich auf ein Versagen der Bremse zurückzuführen.

WTB **Paris**, 21. Jan. Die Finanzkommission der Kammer hat sich gestern mit der von der Regierung vorgeschlagenen 20prozentigen Erhöhung der Steuern einverstanden erklärt mit der Einschränkung, daß die Zucker- und Salzsteuer ausgeschlossen bleibe. Der Ausschuß hat weiter den Gesetzentwurf, der das Zündholzmonopol aufhebt, angenommen und schließlich die Verordnung über die durchzuführende Vereinfachung der Verwaltung gebilligt.

Bücherschau

)(Die „Wohlmuth-Kur", populär-wissenschaftliche Monatsschrift für naturgemäße Heil- und Lebensweise. Wohlmuth-Verlag, Fuchwangen (Bad. Schwarzwald). 96 Seiten, Preis für Januar 60 Goldpfennig. Reichhaltigkeit und Gediegenheit des Inhaltes ist das hervorstehende Kennzeichen auch der Nummer 7 dieser Zeitschrift.

Aus dem Inhalt: Ueber Witterungseinflüsse und Erkältung. Von Medizinalrat Dr. Bachmann, Hamm i. W. Fleischkost oder Pflanzenkost? Von G. Engelhardt, Ueberlingen. Ueber die Behandlung der Nase mit galvanischem Schmachstrom. Von Dr. med. et phil. H. Lemke, Berlin. Der Einfluß des Stadtlebens auf die Gesundheit. Von Bernhardt Stüvermann, Lünen a. Lippe. Die Radiumbehandlung der gichtisch-rheumatischen und Stoffwechsel-Krankheiten. Von Dr. Czarnckauer, Nürnberg. Ueber magnetische Nervenmassage als Heilmittel bei Nervenleiden. Von Gustav Grams, Stargard i. Pommern. Weder Alkoholismus noch Abstinenz! Von Dr. H. W. Schmidt.

Briefkasten.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: daß das fragliche Brot, das in Hagen für 0,80 Goldmark erhältlich ist, ganz grobes Schrotbrot ist. Das von den Olper Bäckermeistern gebackene Brot hat einen Weizenmehlzusatz von 10 Prozent. Die Olper Bäcker sind auf Wunsch bereit, ein derartiges grobes Brot auch zu diesem Preise wieder zu liefern.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt J. L. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Paul Fischer in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.



Todes-Anzeige.

Nach Gottes heiligem Willen entschlief sanft und gottergeben heute morgen gegen 4 Uhr unsere herzensgute, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Frau Ww. Fritz Knickenberg
Gertrud Anna geb Sondermann.

Sie starb nach langem schweren Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen frommen Lebenswandel und den Empfang der hl. Sterbesakramente im 68. Lebensjahre.

Wir bitten um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene.

In tiefer Trauer:
Maria Schmelzer, geb. Knickenberg
Heinrich Knickenbenberg
Fritz Knickenberg
Rudolf Schmelzer
Helene Knickenberg, geb Marx
und 3 Enkelkinder.

Olpe, Milford (Nord-Amerika), Grand Island (Nord-Amerika), Dortmund und Rätheln, den 19. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. Jan. 1924, morgens 8¼ Uhr, nach vorausgegangenem Seelenamte statt.
Abends 8 Uhr wird in der Waisenhauskapelle für die liebe Verstorbene gebetet.

Todes-Anzeige.

Heute morgen erhielten wir die traurige Nachricht, dass unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter

Frau
Carl Teubner

infolge eines Schlaganfalles im Alter von 69 in Plettenberg gestorben ist.

Dreishagen, den 19. Januar 1924.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Carl Teubner jr. und Familie.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, dem 22 Januar, nachmittags 3 Uhr in Plettenberg, ½ Stunde vorher Trauerfeier im Hause.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen (j†190)

Turn-Verein :-: Olpe
Turnstunden:
Turnerinnen: Dienstags 8 — 10 Uhr
Turner: Freitags 8 — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8 — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.

Motorräder-
Zündapp
2-gang Getriebe, sehr preiswert, sofort lieferbar.
Gebrüder Nies
(j†194) Telefon 69.

Tannen-pflanzen
5, 4 und 3j. verschulte, la schöne, gesunde, dunkelgrün mit prima Wurzelqualität, sowie sämtl Forstpflanzen hat äußerst billig abzugeben
Forst-Kultur-Geschäft
W. Werner
Rotthausen (Rhld.),
(Nähe Bahnhof).
(j†195) Tel. 720
Amt Gummersbach.

Moderne
WERKSTATT
FÜR
AUTOMOBILE, MOTORRAEDER u. FAHRRAEDER
Heinr. Clemens,
OLPE i. W.
Winterbergstr. 4 Telefon 272.

Dienstmädchen
aus guter katholischer Familie, erfahren in Haus- und Gartenarbeit, für ein ländliches Pfarrhaus in der Nähe von Olpe gesucht. Zeitgem. Lohn. Offerten unter Nr. j†156 an die Geschäftsstelle ds. Bls.

Einige Herren finden
Kost u. Logis.
Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bls.

Gemischter Chor
Montag, den 28. Jan. abends 8¼ Uhr im Tillmannschen Saale
General-Versammlung,
wozu die aktiven und inaktiven Mitglieder hierdurch eingeladen werden.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht,
2. Rechnungslage,
3. Verschiedenes,
4. Vorstandswahl.
(j†191) Der Vorstand.

Suche gutgehende
Bäckerei
zu pachten, evtl. zu kaufen.
Offerten unter j†172 an die Geschäftsstelle ds. Bls. erbeten.

Anzeigen
in dem „S. A."
haben Erfolg

Tüchtiges ehrliches
Mädchen,
nicht unter 20 Jahren, auf sofort gesucht. Lohn 20—22 Goldmark bei sehr guter Verpflegung.
Konditorei Römer
(j†168) Geisweid-Westf.



Fahrochs,
hintrot, 2¼ Jahr alt, ca. 10 Ctr. schwer, einspännig gefahren, hat billig abzugeben (j†192
Anton Biegener,
Pferdehandlung,
Attendorn, Telefon 102.

Schluß der Anzeigen-Annahme 5 Uhr nachmittags,
für die Samstags-Nummer Freitag mittag 3 Uhr.